



Innere Sicherheit im Fokus der Politik

Innere Sicherheit steht endlich wieder im Fokus politischen Handelns. Egal ob Landespolitik oder Bundespolitik, die Stärkung des subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühls ist auf den Agenden der Parteien weit nach oben gerückt worden. Diese Aufmerksamkeit ist auch unserer aktiven Gewerkschafts- und Personalvertretungsarbeit zu verdanken. Wir haben keine Konflikte gescheut und dabei viel erreicht. Doch nun liegt es an euch: Wählerinnen und Wähler dürfen am 24. September ihr demokratisches Privileg und ihre moralische Pflicht zugleich wahrnehmen.

Die unterschiedlichen Wahlprogramme übertreffen sich in der Erhöhung der Personalstärke. Bis zu 16 000 zusätzliche Stellen bei Landespolizeien, der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutzämtern sollen geschaffen werden. Das vollmundige Versprechen vieler Innenminister, in den nächsten Jahren deutlich mehr Polizeistellen zu schaffen, entpuppt sich aus unserer Sicht als politischer Aktionismus. Die Rechnung „mehr Polizei = mehr Sicherheit“ wird vielerorts in Deutschland erst einmal nicht aufgehen.

Extrem viele Pensionierungen in den nächsten Jahren

Von 2015 bis 2021 werden fast 60 000 Polizeivollzugsbeamte in Bund und Ländern pensioniert. Das sind fast 30 Prozent aller Polizisten hierzulande. Dem stehen lediglich rund 72 000 neue Beamte gegenüber. Von den 12 000 neuen Kräften sind allein etwas mehr als 7000 bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt neu im Dienst. Die von der GdP geforderten 20 000 neuen Stellen würden damit bei Weitem nicht erreicht.

DGB fasst Beschluss zur Inneren Sicherheit

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat dazu einen umfassenden Beschluss mit dem Titel „Innere Sicherheit durch sozialen Frieden und einen handlungsfähigen Staat“ verabschiedet. Die Gewerkschaften fordern darin, dass die Grundlagen des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates durch entsprechende Investitionen ausgebaut und gesichert werden müssen. „Für die innere Sicherheit und für die soziale Sicherheit gilt: Nur

Wahlversprechen hinterfragen

Dies alles muss Wählerinnen und Wählern bewusst sein, wenn sie ihr Kreuz machen. Die bloße Forderung nach mehr darf nicht zur Stimme führen. Erst ein ausgewogenes Wahlprogramm, das Ursachen und Gegenstrategien verknüpft, das einen Weg der Besserung und Einheit aufzeigt, sollte uns überzeugen. Die Gefahr durch Falschmeldungen, Unwahrheiten oder Lügen unsere Wahlen zu beeinflussen ist derart groß, dass wir neben seriösen Medien auch uns Gewerkschaften brau-



Annette Düring, DGB-Vorsitzende und Jochen Kopelke sagen: „Bleibt nicht auf dem Sofa sitzen, sondern geht raus und geht wählen!“

reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Viele Menschen haben das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates verloren – dieses Vertrauen muss der Staat wiedergewinnen.“

chen, um sich ein eigenes Bild machen zu können.

Bleibt also nicht auf dem Sofa sitzen, sondern geht raus und geht wählen!

Jochen Kopelke



Belastung für alle

Wer rund um das G20-Wochenende in Hamburg aufmerksam die öffentlichen Fernsehsender verfolgte, der konnte immer wieder einen im Einsatz befindlichen Wasserwerfer mit der Kennung HB beobachten. Bremer und Bremerhavener Polizeikräfte waren also mittendrin im gefährlichen G20-Einsatz im Schanzenviertel.

Das erschreckende Ergebnis: über 500 verletzte Polizisten, 19 davon aus

TERMIN

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2017, Landesjournal Bremen, ist der **5. September 2017**. Artikel bitte mailen an: Ahlersbande@t-online.de

Bremen! Rund 330 Kräfte unterstützten die Kolleginnen und Kollegen der Freien und Hansestadt Hamburg. Insgesamt waren es mehr als 15 000 Polizeikräfte. Und wie leider zu erwarten, mussten zusätzliche Polizeikräfte aus ganz Deutschland nachalarmiert werden. Der Grund: brandschatzende und mit Stahlkugeln schießende Chaoten legten Teile Hamburgs in Schutt und Asche. Während weitere Polizeikräfte aus Bremen und Bremerhaven nach Hamburg eilten, wurde in Bremen auf Zwölf-Stunden-Schichten umgestellt und weitere Kräfte in den Dienst versetzt. Die Gefahr, dass Bremen Ausweichziel der Chaoten wird, war groß.

G 20 hatte also unmittelbare Auswirkungen auf unsere beiden Städte. Zu den alltäglichen Herausforderungen kam mal wieder eine weitere dazu: Alltagslagen, Breminale, Brennpunkt Hauptbahnhof, salafistische Ge-

fährder, Einbruchsgefahr und vieles mehr. Wie erschreckend, dass ausge-rechnet die Bereitschaftspolizei die Personalstärken reduzieren musste, damit die Schutzpolizei und Kriminal-polizei überhaupt noch Schwerpunkt-arbeit leisten kann.

In Zeiten absoluter Personalknappheit werden wir Polizisten an die Grenzen des Leistbaren geführt. Wie lange soll das noch so weitergehen fragen wir uns als Gewerkschaft der Polizei (GdP) wöchentlich. Eine Besse-rung der Personalsituation soll bis 2020 ermöglicht werden, parallel dazu soll die in Planung befindliche Polizei-reform 2600 die Polizei neu strukturieren. Der Reformprozess wird die Poli-zei zusätzlich belasten. Abzusehen ist, die Zielzahl 2600 reicht nicht mehr aus. Der Bremer Senat ist also gut be-raten, hier noch einmal deutlich drauf-zulegen, damit nicht immer mehr Poli-

GLÜCKWÜNSCHE

90. Geburtstag von Horst Irmer



Zum 90. Geburtstag von Horst Irmer gratulierte der Vorsit-zende der FG Senioren, Wolf-gang Karzenburg. Horst war nach Stationen in Bentheim und Nord-horn seit 1957 in Bremen am Flug-hafen beim Passkontrolldienst (Bun-desgrenzschutz/Einzeldienst) tätig. 20 Jahre leitete er den Passkontroll-dienst. Seit 1987 befindet er sich im Ruhestand. Horst Irmer und Wolf-gang Karzenburg lernten sich be-reits 1957 kennen, hatten sich aber seit 50 Jahren nicht mehr gesehen. Entsprechend viel gab es zu erzäh-len. Horst Irmer blieb nach seiner Pensionierung treues Mitglied der GdP Bremen. Wir sagen ihm dafür Danke und wünschen ihm alles Gute.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



G20-RÜCKBLICK

zisten krank werden, kündigen oder das Bundesland wechseln.

Und trotz dieser negativen Sätze und Zeilen: Die Motivation unserer Polizistinnen und Polizisten ist weiterhin hoch. Was nur, wenn durch zu wenige Beförderungen, zu häufiger Verschiebung der Gehaltsanpassungen oder der niedrigen Zulagen diese Motivation gefährdet wird? Der Senat und die Bremische Bürgerschaft haben es wieder einmal in ihren Händen. Wir fordern Verbesserungen! Jetzt!

Jochen Kopelke

Die GdP wünscht allen verletzten Kolleginnen und Kollegen eine gute Besserung und hofft auf eine schnelle und vollständige Wiederherstellung eurer Gesundheit!



Friedliche Proteste sind ein schützenswertes Grundrecht. Die Vorkommnisse beim G20-Gipfel in Hamburg haben mit Protest nichts mehr zu tun.

NACH DEM G20-GIPFEL

Bremer Polizistinnen und Polizisten erhalten Sonderurlaub

Innensenator Mäurer: „Eine Geste der Wertschätzung nach tagelanger Nervenanspannung“

Das Land Bremen hat sich der Initiative Hamburgs angeschlossen, seinen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel eingesetzten Beamtinnen und Beamten aus Bremen und Bremerhaven Sonderurlaub zukommenzulassen.

„Der Polizeipräsident hatte grünes Licht von mir bekommen, sich schnell und unkompliziert mit dem Personalrat zu verständigen“, so Mäurer. Demnach sollen diejenigen Kräfte, die vor Ort in Hamburg eingesetzt waren, drei Tage Sonderurlaub erhalten. Die Beamtinnen und Beamten, die in Bremen währenddessen Zwölf-Stunden-Schichten geleistet haben, um die Lücken vor Ort zu füllen, erhalten einen Tag Sonderurlaub.

„Die Kolleginnen und Kollegen haben in Hamburg immer wieder ihr Leben und ihre Gesundheit riskiert. Das lässt sich nicht mit Geld

oder freien Tagen ausgleichen. Der Sonderurlaub ist aber ein Zeichen unserer Wertschätzung für den geleisteten Einsatz unter tagelanger höchster Nervenanspannung.“ Anerkennung verdienten auch die Beamtinnen und Beamten, die in Bremen geblieben seien und durch Zwölf-Stunden-Schichten unter anderem die Sicherheit der „Breminale“ und anderen Ereignissen gewährleistet hätten.

Polizeipräsident Lutz Müller zeigte sich erfreut über den rasch erzielten Konsens. Zugleich ist er sich sicher: „Der Einsatz in Hamburg wird prägend für eine ganze Generation von Polizistinnen und Polizisten sein. Die Gewaltexzesse, denen sie zeitweise ausgesetzt waren, werden vielen von ihnen dauerhaft in Erinnerung bleiben.“

Der Initiative Hamburgs haben sich neben Bremen bislang Berlin, Niedersachsen, Bayern, das Saarland und Schleswig-Holstein angeschlossen. Weitere Länder, die Kräfte

zum G20-Gipfel entsandt haben, befinden sich noch in der internen Abstimmung.

Der in Bremen gewährte Sonderurlaub ist kein Ersatz für die zuvor vereinbarte Überstundenregelung. Innensenator Mäurer hatte zugesagt, dass alle diejenigen, die ihre Überstunden im Zusammenhang mit dem Einsatz in Hamburg nicht mit freien Tagen ausgleichen, sondern ausgezahlt bekommen möchten, diese Regelung nutzen können.

Pressestelle des Senats

Anmerkung der GdP

Wir begrüßen es ausdrücklich, den in Hamburg, Bremen und Bremerhaven eingesetzten Kräften Sonderurlaub zu gewähren. Damit setzte der Senator für Inneres eine Forderung der GdP kurzfristig und unbürokratisch um. Das verdient Anerkennung.



20. 9. 2017 Personalratswahlen in den neuen Ämtern

Wer wählt, bestimmt bereits das erste Mal mit

Mit der Neuordnung des Stadtamtes und der Einrichtung neuer Ämter endete auch in vielen Bereichen die Zuständigkeit des erst am 9. 3. 2016 gewählten Personalrates Stadtamt.

Im Bürgeramt und im Ordnungsamt steht der Termin für die Personalratswahlen fest. Am Mittwoch, 20. 9. 2017, ist eure Stimme gefragt.

Die GdP tritt in beiden Ämtern mit engagierten Kandidaten an. Bis Redaktionsschluss lag uns aufgrund des kurzfristigen Termins leider noch keine endgültige Kandidatenliste vor.

Gute Gründe, einen Personalrat zu wählen:

Auf Rechte nicht verzichten. Man unterliegt dem Direktions- oder Weisungsrecht des Arbeitgebers oder Dienstherrn. Der Personalrat nimmt stellvertretend diese Rechte der Beschäftigten gegenüber der Dienststellenleitung wahr.

Mehr Informationen. Der Personalrat muss Einblick in seine Arbeit geben. Er muss mindestens zweimal im Jahr in einer Personalversamm-

lung über seine Arbeit berichten und sich der Diskussion der Beschäftigten stellen.

Arbeitszeiten regeln. Die Gestaltung und Festlegung der Arbeitszeiten muss der Arbeitgeber mit dem Personalrat regeln, genauso wie die Urlaubsplanung.



Arbeits- und Gesundheitsschutz fördern. Personalräte haben bei Arbeits- und vorbeugendem Gesundheitsschutz ein Wörtchen mitzureden und können geeignete Maßnahmen beantragen und überwachen.

Beschäftigung sichern. Der Personalrat kann Maßnahmen anregen, die

langfristig die Arbeitsplätze in den Verwaltungen sichern und fördern.

Mehr Chancen durch Weiterbildung. Der Personalrat kann auf die Erarbeitung und Umsetzung eines Personalentwicklungskonzepts hinwirken, nachdem der Qualifizierungsbedarf für die Dienststelle festgestellt und interne sowie externe Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden.

Beruf + Familie vereinbaren. Der Personalrat kann durch sein Initiativrecht Maßnahmen beantragen, mit denen z. B. durch eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren sind.

Personalauswahl und Beförderung. Der Personalrat kann über seine Mitbestimmungs- und Initiativrechte mit der Dienststellenleitung transparente und gerechte Auswahlkriterien vereinbaren und deren Durchführung überwachen.

Personalabbau und Privatisierung abmildern. Wenn Personalreduzierungen oder Privatisierungen wegen der Vorgaben der Politik unvermeidbar sind, kann der Personalrat durch einen Sozialplan oder den Abschluss eines Überleitungsvertrags die Folgen für die betroffenen Beschäftigten mildern und erworbene Rechte sichern. Das können Einzelne nicht.

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine vormerken

Internationaler Tag der älteren Generation am **Samstag, 30. September 2017**, (geänderter Termin!) Hanseatenhof Bremen. Beginn: 14 Uhr.

Der Tag der älteren Generation ist ein internationaler Aktionstag, der lt. UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde. Er soll auf die Situation und die Belange älterer Menschen aufmerksam machen.

In der Zeit von 14 Uhr bis ca. 17 Uhr findet auf dem Hanseatenhof ein umfangreiches Programm statt. Wir sind wieder mit einem Infostand vertreten und freuen uns über jeden Besuch unserer Kolleginnen und Kollegen!

Mitgliederversammlung der FG Senioren Bremen/Bremerhaven am **Donnerstag, 19. Oktober 2017**, 10 Uhr, in Bremen Grollander Krug (Bitte die Einladung für die Mitgliederversammlung/Tagesordnung der FG Senioren beachten).

Wolfgang Karzenburg

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 12. September 2017, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Teilnahme des FG-Vorstandes am Treffen.

Bremen

Donnerstag, 14. September, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Wolfgang Karzenburg





Erfahrung
gestaltet
Zukunft

Mitgliederversammlung (Landesseniorenkonferenz)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir laden euch zur Mitgliederversammlung (Landesseniorenkonferenz)
der Gewerkschaft der Polizei - Fachgruppe Senioren - am
Donnerstag, 19. Oktober 2017, 10.00 Uhr,
ins Hotel Robben „Grollander Krug“ Emslandstraße 30, 28259 Bremen, ein.

Tagesordnung (vorläufige):

- TOP 1: Begrüßung /Eröffnung
- TOP 2: Wahl eines(r) Versammlungsleiters(in)
- TOP 3: Feststellung der Beschlussfähigkeit / Beschlussfassung über die Tagesordnung
- TOP 4: Wahl einer Zähl- und Mandatsprüfungskommission
- TOP 5: Gedenken verstorbener Kolleginnen und Kollegen
- TOP 6: Grußworte:
Heinfried Keithahn, stellv. Landesbezirksvorsitzender
Wilfried Wahlig, Bundesseniorenvorsitzender
Christian Weber, Präsident Bremische Bürgerschaft
Wilhelm Hiners, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
- TOP 7: Bericht des Fachgruppenvorsitzenden
- TOP 8: Aussprache zum TOP 7
- TOP 9: Entlastung des Fachgruppenvorstandes
- TOP 10: Neuwahl des Fachgruppenvorstandes:
10.1 Vorsitzende/r
10.2 Stellv. Vorsitzende/r
10.3 Stellv. Vorsitzende/r mit der Aufgabenzuweisung für Bremerhaven
10.4 Schriftführer/in
10.5 3 Beisitzer/innen
10.6 2 Beisitzer/innen mit der Aufgabenzuweisung für Bremerhaven
- TOP 11: Wahl eines/er Vertreters/in und Stellvertreters/in für den Landeskontrollausschuss
- TOP 12: Wahl der Delegierten für die Bundesseniorenkonferenz
- TOP 13: Wahl der Delegierten für den Landesdelegiertentag
- TOP 14: Beratung von Anträgen
- TOP 15: Verschiedenes
- TOP 16: Schlusswort

Anträge sind bis zum 15. September 2017 beim Vorstand der FG Senioren einzureichen.

Der Tagungsort ist zu erreichen: Pkw: A 27, Abfahrt „Überseestadt“ auf B6 / B 75 Beschilderung Richtung Oldenburg /Delmenhorst. Abfahrt: „Grolland“. Straßenbahn: Ab Hbf. Linie 1 oder 8 Richtung Huchting. Haltestelle Norderländer Straße.

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldungen bis zum 5. Oktober 2017, Tel. (0421) 9495850 oder E-Mail: seniorengruppe@gdp-hb.de

Der Fachgruppenvorstand



Erste Antworten auf unseren Weckruf

Im Mai 2017 hat die Fachgruppe BePo in Tossens kritische Fragen aufgeworfen, wohin die Bereitschaftspolizei steuert. Zudem hat sie einen offenen Brief verfasst und diesen an den Polizeivizepräsidenten, Herrn Fasse, an den Direktionsleiter Einsatz, Herrn Zottmann und an den Leiter der Bereitschaftspolizei, Herrn Steines, gerichtet.

Auf dieser Grundlage lud Herr Fasse die Fachgruppe zu einem Gespräch ein, was die Vertreter der Fachgruppe, Manfred Waldeck, Michael Hellberg und Jens Bley, positiv aufgefasst haben. Daran ist zu erken-

nen, dass die Behördenleitung die Bereitschaftspolizei zumindest wahr- und die Fachgruppe BePo der GdP ernstnimmt.

Das konstruktive Gespräch enthält fünf Kernaussagen:

1. Herr Zottmann hat bereits in Tossens signalisiert, dass die Einsatzbelastung innerhalb der Direktion Einsatz besser verteilt werden muss. Im fortgesetzten Austausch hat er diesen Anspruch nochmals verdeutlicht: Die Planungen für die Allgemeine Aufbauorganisation (AAO) sind priorisiert durchzuführen. Damit ist insbesondere die Diskomeile gemeint, die gegenüber den Schwerpunktmaßnahmen vorrangig zu betrachten ist.

2. Die Behördenleitung hat die Aussage gestützt, dass die Hundertschaften auch zukünftig trotz der gegenwärtigen Personalmisere in einem Sechs-Zug-Modell organisiert werden.

3. Die Einsatzkonzeptionen sind anzupassen und aufgrund des momentanen Personalengpasses sind Standards abzusenken – insbesondere die Bewältigung der Lagen im Zusammenhang mit dem Fußball steht auf einem zugesagten Prüfstand. Damit bekräftigt der Direktionsleiter Einsatz seine Aussage vom Seminar in Tossens.

4. Für die Behördenleitung ist unmissverständlich, dass die sozialen Standards des Regelwerks erhalten bleiben. In der jetzigen Situation sind Dienstplanverschiebungen ggf. nicht abzuwenden, jedoch werden sich diese im Rahmen des Regelwerkes der Einheiten bewegen.

5. Eine eindeutige Positionierung ist hingegen bei der Frage ausgeblieben, wie die Stellen des Objektschutzes finanziert werden. In diesem Zusammenhang hat der Personalrat der Polizei Bremen ein Schlichtungsgespräch mit dem Senator des Innern geführt: Nach Auffassung des Personalrates ist es unredlich, die Finanzierung der Objektschutzstellen zulasten der Einsatzzüge vorzunehmen (gegenwärtig plant die Behörde pro Einsatzzug fünf Stellen zu streichen und diese für die Einrichtung des Sachgebietes Objektschutz zu nutzen).

An dieser Stelle hat der Personalrat deutlich gemacht, dass die Verlagerung der Stellen nur temporär vorzunehmen ist. Nach Abschluss der Reform soll danach eine Prüfung erfolgen, ob die Absicht der Behördenleitung weiterhin bestehen bleibt und die Finanzierung zulasten der Einsatzzüge erfolgen wird. Hier fordert die Fachgruppe BePo eindeutig,

JUNGE GRUPPE

FR 6-10
Blaulicht-Union[®]
 PARTY
 Beginn
23.00 Uhr
 Eintritt (limitiert)
VVK €8,00
 AK €10,00
 Charts, 80/90er, R'n'B
 & House von
DJ ND.M.
DJ Marvin S.
 Live Trompet
Norbert Könner
ADIAMO
 IM GOP BREMEN
 Vorverkaufsstellen & Online-Tickets:
www.blaulicht-union.de f/BlaulichtUnion
 Adiamo · Am Weser-Terminal 4 · 28217 Bremen · adiamo-bremen.de



BEREITSCHAFTSPOLIZEI

dass die sogenannte Prüfung nur zu einem Ergebnis führt: Die Stellen der Einsatzzüge bleiben erhalten; eine Reduzierung der Zugstärken wird unweigerlich zu einer weiteren Arbeitsverdichtung mit sozialen Einschnitten führen und schwächt insbesondere die Sonderlage!
Jens Bley

BRÜSSELREISE

Europaparlament – Was machen die in Brüssel eigentlich?

Dr. Joachim Schuster hatte als Abgeordneter des Europäischen Parlaments vom 30. 5. bis 1. 6. 2017 Mitglieder verschiedener DGB-Gewerkschaften aus Bremen und Umgebung zu einer Informationsfahrt zum Europäischen Parlament nach Brüssel eingeladen.

Ein großer Dank gilt **Sabrina Annika Lange**, die als Mitarbeiterin des Abgeordnetenbüros von Dr. Schuster in Bremen die Reise hervorragend geplant und uns vor Ort begleitet hat.

Schon gewusst?

Das Europäische Parlament hat 751 Abgeordnete, aus Deutschland kommen 96 Abgeordnete und damit mehr als aus jedem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das ist so, weil Deutschland das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union ist.

Malta hat die wenigsten Einwohner und deshalb nur sechs Abgeordnete.

Im Europäischen Parlament ist das Land Bremen derzeit durch die Abge-

Fortsetzung auf Seite 8

GESCHÄFTSSTELLE BRHV

Ab sofort wieder geöffnet

Die Geschäftsstelle in Bremerhaven ist mittwochs in der Zeit von 10 – 15 Uhr geöffnet und wird von unserer neuen Kollegin **Susanne Stöwing** betreut.

Das straffe Programm vor Ort war äußerst vielfältig: Nach einer kurzen Stadtführung folgten Besuche bei der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Verbindungsbüro des DGB und der Landesvertretung der Freien Hansestadt Bremen. In jeder Institution fanden wir kompetente Ansprechpartner, die uns über ihre jeweiligen Aufgaben berichteten und unermüdlich Fragen beantworteten.

GdP-SERVICE-GMBH

Neuer Partner der GdP-Service-GmbH Bremen



Hörsysteme audio.hansa steht für einen hohen Qualitätsanspruch in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Hals-Nasen-Ohrenärzten sowie den Krankenkassen.

Die wichtigsten Konditionen:

- 15% Rabatt auf den Eigenanteil der Privatrechnung einer Hörgeräteversorgung
- 50€ Wechselbonus in Form von Zubehör oder Hörgerätebatterien
- 5 Jahre Garantie auf unseren Hauptlieferanten
- Lebenslange Garantie für Serviceleistungen

Ansprechpartner: Zehra Tüter, Waller Heerstraße 33, 28217 Bremen, Telefon: 0421 - 578 90 580



BRÜSSELREISE

Fortsetzung von Seite 7

ordneten Dr. Helga Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Joachim Schuster (SPD) vertreten.

Seinen offiziellen Sitz hat das Europäische Parlament in Straßburg, es arbeitet aber auch in Brüssel und Luxemburg. Deshalb reisen die Abgeordneten zu Plenartagungen und Ausschusssitzungen zwischen diesen Orten hin und her.

Im Juni 2019 finden die nächsten Wahlen für das Europäische Parlament statt.

Der Gerichtshof der Europäischen Union sitzt in Luxemburg, die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main.

Die Europäische Kommission ist ein Exekutivorgan und schlägt Rechtsvorschriften vor, die sie dem Parlament und Rat zur Beschlussfassung vorlegt.

Die Kommission setzt sich aus je einem Kommissar je Mitgliedsstaat zusammen. Unser Kommissar ist Günther H. Oettinger.

Die Bremer Landesvertretung in Brüssel hat gegenwärtig zehn Ange-

stellte und ist die Stimme Bremens und Bremerhavens am Hauptsitz der Europäischen Union.

Das Land Bremen profitiert in den vergangenen Jahren erheblich von Fördermitteln der Europäischen Uni-

on. Aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) erhält die Freie Hansestadt Bremen von 2014 bis 2020 zum Beispiel 103 Millionen Euro.

Dr. C. Albrecht-Sautter

INFO DER GESCHÄFTSSTELLE

Termine für Jubilarehrungen 2017

25. Oktober 2017:

Empfang und Ehrung der **Aktiven aus der Polizei Bremen** und des Stadtamtes in der Geschäftsstelle Bgm.-Smidt-Str. 78 in Bremen mit anschließendem Essen im benachbarten Restaurant Tendüre.

1. Dezember 2017:

Die **Senioren aus Bremen** werden im Rahmen der Weihnachtsfeier im Balladins Superior Hotel, August-Bebel-Allee 4, 28329 Bremen, geehrt.

8. November 2017:

Aktive und Senioren der Kreisgruppe Bremerhaven im Restaurant Weser Yacht Club, Borriesstr. 52a, 27570 Bremerhaven.

Eingeladen werden alle Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Jahr 25, 40, 50, 60 oder 70 Jahre Mitglied in der GdP sind. Berücksichtigt werden auch Vorzeiten in anderen Gewerkschaften, sofern diese mitgeteilt wurden.

Sollte jemand feststellen, dass er nicht berücksichtigt wurde oder seine Vorzeiten in anderen Gewerkschaften unvollständig sind, bitten wir um eine kurze Mitteilung an die Kollegin Anne Bauer, Geschäftsstelle Bremen, Telefon 04 21/94 95 85-4 oder per E-Mail an anne.bauer@gdp.de

Euer Geschäftsstellenteam

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

- Hans-Jürgen Fratzke**, geb. am 15. 10. 1943, verstorben am 17. 9. 2016
- Günter Warmus** geb. am 2. 4. 1962, verstorben am 20. 9. 2016
- Marlies Paul** geb. am 14. 3. 1938, verstorben am 24. 11. 2016
- Werner Helmut Warnken** geb. am 30. 10. 1956, verstorben am 18. 12. 2016
- Hans-Jürgen Junge** geb. am 2. 3. 1940, verstorben am 27. 5. 2016
- Margarete Lehmann** geb. am 8. 6. 1938, verstorben am 13. 1. 2017

- Uwe John** geb. am 6. 4. 1945, verstorben am 8. 11. 2016
- Dietrich Constabel** geb. am 14. 6. 1940, verstorben am 2. 3. 2017
- Ernst Stelmaszek** geb. am 13. 3. 1924, verstorben am 28. 11. 2016
- Werner Martin** geb. am 4. 4. 1925, verstorben am 7. 3. 2017
- Olaf Brünjes** geb. am 11. 7. 1959, verstorben am 13. 3. 2017
- Karl Heinz Hoffmann** geb. am 3. 1. 1939, verstorben am 24. 2. 2017
- Heinz Max Wilhelm Pabst** geb. am 22. 5. 1937, verstorben am 1. 4. 2017

- Holger Schildmeyer** geb. am 16. 6. 1960, verstorben am 4. 4. 2017
- Stephan Filter** geb. am 27. 5. 1970, verstorben am 16. 5. 2017
- Norbert Reincken** geb. am 16. 6. 1961, verstorben am 21. 6. 2017
- Adele Siemer** geb. am 15. 7. 1929, verstorben am 23. 7. 2017
- Dieter Vollbrecht** geb. am 10. 9. 1939, verstorben am 29. 6. 2017

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

